

REINER EICHENBERGER

*Zuwanderung
eidgenössisch
nutzen*

Die Zuwanderung nimmt seit eineinhalb Jahren wieder zu, erreichte in den letzten Monaten fast wieder das Niveau des Rekordjahres 2008 und dürfte weitersteigen. Denn die Frankenstärke sowie die Probleme und Steuererhöhungen in vielen EU-Staaten machen die Schweiz noch attraktiver. Die Zuwanderung lässt die Bevölkerung und damit die gesamte Wirtschaft wachsen, aber sie erhöht das Einkommen der bisherigen Einwohner kaum. Allerdings zahlen die relativ gut qualifizierten Zuwanderer mehr Steuern, als sie den Staat kosten, was tiefere Steuersätze erlaubt. Zugleich erhöht die Zuwanderung die Bodenknappheit und damit die Bodenpreise. Tiefere Steuern bei höheren Bodenpreisen sind vor allem für Hochqualifizierte attraktiv, was zusätzliche Zuwanderung bringt. Hauptgewinner bleiben aber die Zuwanderer selbst und die Bodenbesitzer.

Wie sollen wir damit umgehen? Die SVP will die Personenfreizügigkeit aufheben, mit allen gewissen und ungewissen Konsequenzen. Die SP fordert stärkere flankierende Massnahmen, die aber zwei grosse

*«Das Modell
ist mit den
Korporationen
verwandt
und damit
wahrhaft
eidgenössisch»*

Stärken der Schweiz, ihre relativ flexiblen Arbeits- und Wohnraummärkte, zerstören würden. Ein besserer Vorschlag beruht auf drei Elementen: Erstens sollen sowohl die Zuwanderung wie auch die Arbeits- und Wohnraummärkte möglichst liberal geregelt werden. Dadurch entsteht das grösstmögliche Gesamteinkommen für die

bisherigen Einwohner, die Zuwanderer und die Bodenbesitzer. Zweitens soll ein Teil der bei den Zuwanderern und Bodenbesitzern anfallenden Gewinne zugunsten der bisherigen Einwohner umverteilt werden. Drittens sollten die Erträge aus den Vermögenswerten der Schweiz nicht mehr so wie heute mit den Zuwanderern geteilt werden, sondern vermehrt an die bisherigen Einwohner fliessen.

Zur Umsetzung dieser neuen Einwanderungspolitik müssten neue Körperschaften auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene gegründet werden, deren Mitglieder nur die bisherigen Einwohner sind. Diese Körperschaften würden Eigentümer der heutigen Vermögenswerte des Staates wie Boden, Immobilien, Swisscom, Post, Nationalbankgewinne etc. Zudem erhielten sie das Recht, einen Teil der Mehrwerte aus Umzönungen abzuschöpfen. Ihre Gewinne könnten sie dann an ihre Mitglieder ausschütten, sei es pro Kopf oder indem sie einen Teil ihrer Steuern bezahlen. Das vorgeschlagene Modell ist nicht völlig neu. Vielmehr ist es mit den oft jahrhundertealten Korporationen und Genossenschaften verwandt – und damit wahrhaft eidgenössisch.

Reiner Eichenberger ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg